

kunft empfindliche Geldstrafen, der Verlust von Subventionen oder – sollte sich die radikale deutsche Position durchsetzen – sogar der zeitweilige Verlust von Stimmrechten. Das von vielen europäischen Linken seit vielen Jahren angestrebte Projekt einer „europäischen Wirtschaftsregierung“ droht auf diese Weise in sein genaues Gegenteil umzuschlagen: Statt einer Politik, die durch makroökonomische Koordinierung danach strebt, die bestehenden volkswirtschaftlichen Ungleichgewichte zu verringern, dürfte unter dem Primat der Haushaltskonsolidierung der klassische Dreiklang von Liberalisierung, Privatisierung und Deregulierung im Mittelpunkt der von der EU eingeforderten Reformpolitik stehen.

Spanien könnte sich somit als Präzedenzfall einer Entwicklung herausstellen, an deren Ende eine irreversible Entmachtung demokratisch legitimierter, nationalstaatlich-souveräner Politik steht. Während sich die internationale Staatengemeinschaft trotz großspuriger Ankündigungen bei der notwendigen Re-Regulierung der Finanzmärk-

te bislang allenfalls auf kosmetische Maßnahmen einigen konnte, sehen sich wirtschaftlich und fiskalisch geschwächte Staaten wie Spanien durch den ungebrochenen Druck der Kapitalmärkte und die tätige Mithilfe der EU dazu gezwungen, die Kosten der Krise einseitig auf ihre Arbeitnehmer, Rentner und Arbeitslosen abzuwälzen.

Angesichts dieser als alternativlos dargestellten Politik der Sozialisierung der Verluste bei gleichzeitiger Privatisierung der Gewinne ist Spanien beileibe nicht das einzige Land in Europa, dessen Bevölkerung allmählich jegliches Vertrauen in die politische Klasse und die Problemlösungsfähigkeit der Demokratie überhaupt verliert. Und die von Kapitalinteressen diktierte und von europäischen Finanzbürokraten kompromisslos umgesetzte Politik der Entdemokratisierung der Eurozone wird in den kommenden Jahren nicht auf südliche „Peripheriestaaten“ begrenzt bleiben. Die vielfach erhobene, wohlfeile Forderung nach einer Wiederherstellung des „Primats der Politik“ dürfte dann endgültig nur noch wie blanker Hohn klingen.

Helge Buttkereit

Hugo Chávez und die Bolibourgeoisie

Die Parlamentswahl vom 26. September hat die politischen Kräfteverhältnisse in Venezuela verändert. Die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) von Präsident Hugo Chávez, der seit 1999 amtiert, konnte zwar die Mehrheit der Mandate behaupten, sie erzielte jedoch lediglich 48,1 Prozent der Listenstimmen und erlitt damit einen erheblichen Dämpfer. Bei der Präsidentschaftswahl 2006 hatte Chávez

selbst noch über 60 Prozent der Stimmen erhalten. Die PSUV errang in diesem Jahr aufgrund des Wahlsystems, das die bevölkerungsarmen der 23 Bundesstaaten des Landes bevorzugt, zwar 98 von 165 Sitzen in der Nationalversammlung, verfehlte aber deutlich ihr selbst erklärtes Ziel einer Zweidrittelmehrheit. Das bedeutet, dass sie künftig nicht mehr im Alleingang über die Besetzung des Obersten Gerichts, die

Wahlbehörde und insbesondere über die „Organgesetze“ bestimmen kann, welche die verfassungsmäßigen Rechte konkretisieren und die öffentlichen Gewalten organisieren. Knapp verfehlt wurde zudem eine Dreifünftelmehrheit, die es der PSUV ermöglicht hätte, den Präsidenten mit gesetzgeberischen Vollmachten auszustatten. Immerhin behält die Partei eine komfortable Mehrheit, mit der sie einfache Gesetze ohne Probleme verabschieden kann.

Dass die im „Tisch der demokratischen Einheit“ (MUD) vereinigte rechte Opposition die Zweidrittelmehrheit der PSUV verhinderte, kann sie ebenso als Erfolg für sich verbuchen wie den Umstand, dass sie mit 47,2 Prozent fast ebenso viele Stimmen erzielte wie die Regierungspartei. Künftig wird der MUD mit 65 Abgeordneten im Parlament vertreten sein, nachdem die in ihm verbündeten Parteien die Wahlen 2005 noch fast komplett boykottiert hatten. Zusammen mit den zwei Mandaten der zu Beginn dieses Jahres aus der Allianz mit der PSUV ausgetretenen Linkspartei „Vaterland für alle“ (PPT), die im Wahlkampf für eine „Entpolarisierung“ eintrat, verfügt die parlamentarische Opposition nun in wichtigen Fragen über eine Sperrminorität.

Der MUD ist jedoch ein extrem heterogenes Bündnis. Es reicht von der Rechtsaußenpartei „Primer Justicia“ bis hin zur ehemals radikalen Arbeiterpartei „La Causa R“ und wird einzig durch die Gegnerschaft zum Präsidenten zusammengehalten. Somit ist noch unklar, ob der „Tisch der demokratischen Einheit“, der aus dem Ausland, vor allem von den USA, massiv unterstützt wird,¹ auch weiterhin zusammenhält. Ebenso steht noch völlig offen, ob der MUD in der Lage sein wird, für die Präsidentschaftswahl im Dezember 2012 einen gemeinsamen und aussichtsreichen Kandidaten zu nominieren.

1 Vgl. Eva Golinger, Finanzhilfen für die Opposition in Venezuela, in: „Portal Amerika 21“, 20.6.2010.

Lauter Sieger?

Derweil können aber offenbar sowohl PSUV als auch MUD gut mit dem Ergebnis der diesjährigen Wahl leben. Tatsächlich können sich beide Seiten, die nüchternen Fakten betrachtet, als Sieger fühlen.

Es sei ein „solider Sieg“, „ausreichend“ für die weitere Arbeit am „Bolivarischen Sozialismus“,² erklärte Chávez. Der Grund für die (zumindest verhaltene) Zufriedenheit auf Seiten der Anhänger der „Bolivarischen Revolution“ liegt darin, dass man angesichts der massiven wirtschaftlichen Probleme zuletzt ein noch schlechteres Ergebnis befürchtet hatte. Denn nach dem Aufschwung der Jahre 2002 bis 2008 leidet Venezuela derzeit unter dem gefallenem Ölpreis, anhaltend hoher Inflation, Kapitalflucht, Korruption und Kriminalität. Hinzu kommen die Folgen einer zweijährigen Trockenheitsperiode, die, da das Land mehr als zwei Drittel seines Stroms aus Wasserkraft gewinnt, immer wieder Versorgungsengpässe und Stromausfälle verursachte.

Der MUD reklamierte seinerseits den Sieg für sich und verwies dafür auf die absolute Stimmenmehrheit der Opposition – die allerdings erst unter Einrechnung der für die PPT und andere kleinere Parteien abgegebenen Stimmen zustande kommt. Angesichts des für sie guten Ergebnisses hat die Opposition diesmal nicht von „Wahlfälschung“ gesprochen. Der auch von ihr erhobene Vorwurf, Chávez wolle eine Diktatur errichten, geht damit ins Leere. So gibt es noch einen weiteren Sieger der Wahl: die venezolanische Demokratie. Dies bestätigt auch die für eine Parlamentswahl vergleichsweise hohe Wahlbeteiligung von 66,5 Prozent.

2 „Bolivarische Revolution“ beschreibt den anti-neoliberalen Prozess der Veränderung, in dem durch eine neue lateinamerikanische Integration, ein solidarisches Wirtschaftssystem und Basisdemokratie wirkliche Unabhängigkeit erreicht werden soll. (Deswegen auch der Bezug auf den Befreiungshelden Simon Bolívar.)

Unmut an der Basis

Tatsächlich ist das Wahlergebnis für die Regierung Chávez zwar ein Dämpfer und eine Warnung, aber keine Katastrophe. Dass trotz der bestehenden wirtschaftlichen Probleme über fünf Millionen Venezolaner der PSUV ihre Stimmen gaben, ist beachtlich. Daran zeigt sich, dass Chávez in den Armenvierteln und insbesondere auf dem Land weiterhin über eine relativ stabile Anhängerschaft verfügt – vor allem, weil die armen Bevölkerungsschichten Venezuelas von den zahlreichen Sozialprogrammen der Regierung profitieren, deren Prioritäten bei Bildung und Gesundheit liegen und die auch spezielle Belange von Frauen und Indígenas berücksichtigen. Dadurch wurde der Unterschied zwischen Arm und Reich zwar verringert, aber keineswegs aufgehoben.

Die hohe Zustimmung für die Regierung wurde auch im Februar 2009 deutlich, als über die Möglichkeit einer unbegrenzten Wiederwahl für die Mandatsträger im Land abgestimmt wurde und Chávez 54 Prozent der Stimmen für das Referendum gewinnen konnte.

Allerdings deutet die Tatsache, dass fast zwei Millionen der nominell sieben Millionen Mitglieder der PSUV nicht zur Parlamentswahl im September gingen, auf eine erhebliche Unzufriedenheit an der Basis hin – neben dem Umstand, dass etliche Menschen nur deshalb Parteimitglieder werden, weil sie dadurch persönliche Vorteile erwarten.

Tatsächlich gab es bereits im Wahlkampf Anzeichen für großen Unmut. So lehnte manche Basisorganisation der PSUV die Kandidaten der Partei offen ab. Darüber hinaus wollten viele Bürgerinnen und Bürger offenbar auch die grassierende Korruption und Ineffizienz vieler Institutionen abstrafen.

Die Unzufriedenheit der chavistischen Basis zeigt exemplarisch der für viele überraschende Ausgang im Bundesstaat Anzuátegui. Dort siegte der MUD deutlich mit gut 52 zu 45 Prozent

der Stimmen und errang zudem alle Direktmandate. In diesem industriell geprägten Bundesstaat regiert zwar der PSUV-Gouverneur Tarek William Saab. Dieser hat sich aber aus Sicht der chavistischen Basis zuletzt wenig „sozialistisch“ verhalten, beispielsweise als er sich in den jüngsten Fällen von Betriebsbesetzungen bei Mitsubishi und anderen Unternehmen offen gegen die Arbeiter und auf die Seite der Konzerne stellte.

Bürokratie versus Basis

Generell deutet die Kritik der Basis auf eines der größten Probleme der „Bolivarischen Revolution“ hin, nämlich die sogenannte Bolibourgeoisie. So bezeichnen die Venezolaner diejenigen, die nur deshalb auf der Seite von Chávez stehen, weil ihnen dies ein sicheres Einkommen beschert. Die Interessen dieser vor allem in der aufgeblähten staatlichen Bürokratie verankerten Schicht stehen dem Grundprinzip des „bolivarischen Prozesses“, der Selbstorganisation der Bevölkerung, diametral entgegen – auch deshalb, weil die Selbstorganisation das Ziel verfolgt, die Bürokratie langfristig abzulösen.

Dass es zwischen Bürokratie und selbstorganisierter Basis einen ständigen Kampf gibt, bestätigt Eduardo Piñate, der in der Hauptstadt Caracas für den Aufbau der „sozialistischen Kommunen“, einer Initiative von Chávez zur Förderung der „partizipativen und protagonistischen Demokratie“, verantwortlich zeichnet. Wie viele andere hofft Piñate auf die Wirkung des neuen Gesetzes zu den Kommunen, mit dem die kommunalen Räte, die *Consejos Comunales*, weiterentwickelt werden sollen.³ Dabei sollen sich mehrere dieser landesweit bereits über 30000 registrierten Räte zu Kommunen zu-

3 Vgl. Dario Azzellini, Partizipation, Arbeiterkontrolle und die Commune. Bewegungen und soziale Transformation am Beispiel Venezuela, Hamburg 2010.

sammenschließen können, was derzeit bereits passiert, aber noch nicht gesetzlich verankert wurde. Das betreffende Gesetz liegt in der Nationalversammlung zur Abstimmung. Ob es noch vor Ende des Jahres und damit noch mit den bisherigen Abgeordneten und der komfortablen Mehrheit verabschiedet wird, steht allerdings in Frage. Ein mit Zweidrittelmehrheit beschlossenes Organengesetz wäre aber für den Aufbau der Kommunen von großer Bedeutung, weil in diesem Falle der Aufbau von neuen Basisstrukturen nicht einfach durch eine andere Parlamentsmehrheit wieder rückgängig gemacht werden kann.

Mehr Arbeiterkontrolle

Ähnlich wichtig und ebenso innenpolitisch umkämpft – die Gesetze liegen teilweise bereits seit über einem Jahr dem Parlament vor – sind derzeit ein neues Arbeitsgesetz und ein Gesetz über die Arbeiterräte. Diese sollen sowohl für die staatlichen, als auch in den privatwirtschaftlichen Unternehmen gesetzlich verankert werden. Angesichts der teilweise schlechten Organisation der Wirtschaft wären funktionierende und selbstorganisierte Arbeiterräte, die zumindest in den staatlichen Unternehmen die Kontrolle übernehmen könnten, ein entscheidender Durchbruch hin zum angestrebten „kommunalen Staat“ (Chávez). Vor allem dann, wenn es gelingt, eine Verbindung mit den kommunalen Räten und den im Aufbau befindlichen sozialistischen Kommunen herzustellen. Zusammen könnte damit auch eine verstärkte Aktivierung der Basis erfolgen.

Werden die genannten Gesetze noch dieses Jahr verabschiedet, dürfte die Regierungspartei in der neuen Nationalversammlung ein paar Probleme weniger haben. Wenn Bevölkerung und Arbeiter in ihrer Selbstorganisation gestärkt und gleichzeitig die Abgeord-

neten wirklich Sprecher der Kommunen im Parlament sein werden, wie dies der neu gewählte Abgeordnete und frühere Bürgermeister von Caracas, Freddy Bernal, angekündigt hat,⁴ wäre dies als Fortschritt für den „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ zu sehen.

Gleichzeitig könnte sich infolge der Auseinandersetzung im Parlament nicht nur ein Kandidat der Opposition für die Präsidentschaftswahl 2012 profilieren, sondern auch innerhalb der PSUV eine Führungspersönlichkeit (oder gar mehrere), die Hugo Chávez unterstützen, entlasten und tendenziell auch eines Tages ersetzen könnte. Gewiss, das ist ein langer Weg, aber er ist für das Ideal der „Bolivarischen Revolution“ (und damit für die bis 1998 ausgeschlossene Mehrheit der Gesellschaft) so unabdingbar wie der Aufbau der Volksmacht von unten.

Der Präsident selbst rief eine Woche nach den Wahlen dazu auf, die Politik der „drei R“ wiederaufzunehmen: „revisión, rectificación, reimpulso“ – Revision, Korrektur und Neubeginn. Diese selbstkritische Lösung war erstmals nach dem verlorenen Referendum zur Änderung der Verfassung im Dezember 2007 propagiert worden. Tatsächlich sind die Selbstkritik des revolutionären Prozesses und eine Korrektur des eingeschlagenen Weges dringend erforderlich – gerade auch hinsichtlich der derzeit fehlenden Diskussion innerhalb der Partei.

Ein reflektierter Neubeginn „von oben“, parallel zur Ausweitung der Beteiligung „von unten“, wird das jetzige Wahlergebnis zwar nicht in einen triumphalen Sieg der Regierung umwandeln, aber er kann den Prozess der gesellschaftlichen Veränderung vertiefen. Das aber ist notwendig, will der „Bolivarische Sozialismus“ in Venezuela langfristige Erfolge haben.

4 Interview am 21.9.2010 in Caracas; vgl. „Neues Deutschland“, 23.9.2010.